

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltenen Pfeil-
zeile 50 Pf., für die Zäufelchen 30 Pf.

achte internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Am 16. September begann in dem neuen "Haus" der Zürcher Arbeiterschaft die achte internationale Gewerkschaftskonferenz. Hugger, der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die Schweizer Arbeiterschaft besonders Stolz darein seje, diese wichtigste aller gewerkschaftlichen Tagungen beherbergen zu können. Seit den Konferenzen der alten Internationale in Basel und Genf haben sich wichtige Zusammenkünfte der Arbeiter aller Länder in der Schweiz nicht stattgefunden. Allerdings sind wir in einem kleinen Lande und können nicht alles bieten, was man in Ländern mit großen und reichen Organisationen kann. Immerhin werden Sie, die Sie ja fast alle an unserem Gewerkschaftskongress teilnehmen, beobachtet haben, daß auch hier die Bewegung zur Einheit gezeigt ist, und daß sie mit Stolz auf ihre Erfolge blicken kann. Das haben besonders die Beschlüsse unseres Kongresses bewiesen. Gewiß können die kleinen Länder manche großen Probleme nur mit Hilfe der Internationale lösen und daher erfreut uns doppelt der Bericht des Internationalen Sekretärs Legien, der einen prächtigen Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern feststellt. Innerhalb weniger Jahre ist die Zahl der organisierten Arbeiter von sechs auf mehr als zehn Millionen gestiegen. Wir sind überzeugt, daß die Bewegung eines jeden Landes in dem Maße an dem Ruhm der Internationale teilhaben wird, als es uns gelingt, das gegenseitige Verständnis und damit das internationale Zusammenarbeiten zu verbessern. Diesem Zweck soll ja auch die zweite Konferenz dienen, die Konferenz der internationalen Berufsschreiber, die auch an unsern Verhandlungen schon als Gäste teilnehmen. Es ist dies die erste Konferenz dieser Art, die zweifellos dazu beitragen wird, daß zwischen den Landeszentralen und den internationalen Berufsverbänden die notwendige Einheit herzustellen.

Legien — internationaler Sekretär — gibt eine Reihe von Erläuterungen zum gedruckten Bericht. Nach der Präsenzzahl sind 17 angeschlossene Landeszentralen durch 23 Delegierte vertreten. Ferner haben das parlamentarische Komitee des britischen Gewerkschaftskongresses sowie die "weitherige" Gruppe der bulgarischen Gewerkschaften je einen Vertreter entsandt, die als Gäste an der Konferenz teilnehmen. Von den angeschlossenen Ländern sind nur Serbien und Rumänien infolge des durch den Krieg gesetzten Ausnahmestandes nicht vertreten. Als Gäste nehmen an dieser Konferenz auch 25 internationale Berufsschreiber teil. Soeben hat auch der Gewerkschaftsbund in Transvaal den Beitritt erklärt und es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit auch die Gewerkschaften Australiens zum Anschluß betrogen werden können. Sechs internationale Unterstützungskontingenzen sind in den letzten zwei Jahren durch das internationale Sekretariat unternommen worden, und zwar für die englischen Dokarbeiter, für die Ausbildung in Rotterdam, für den Wiederaufbau der Organisationen in Serbien und Bulgarien, für die ausländischen Fabrikarbeiter in Holland, für den belgischen Generalstreik und für die italienischen Gewerkschaften. Für die für Serbien und Bulgarien gesammelten Gelder kommt ihrer Bestimmung bisher nicht zugeführt werden.

Bulgen (Kroatien) regt an, da eine Einigung der beiden feindlichen Landeszentralen in Bulgarien früher nicht erfolgt, die "weitherige" dagegen so gut wie von der Bildfläche verschwunden ist, war die andere Zentrale, die ihre Lebensfähigkeit erwiesen hat, zu untersuchen, ob innerjells die Gefahr besteht, daß die ihnen gemachte

Hilfe beiden Gruppen nur ermöglicht, sich noch mehr als bisher zu bekämpfen.

Hueber (Österreich) schlägt vor, daß Legien mit den Secretären der kroatischen und der bosnischen Landeszentrale nach Belgrad und Sofia reise, um nach eigener Information eine Entscheidung treffen zu können.

Nach längerer Diskussion wird vereinbart, daß anschließend des österreichischen Gewerkschaftskongresses am 6. Oktober d. J. in Wien eine Konferenz mit allen Beteiligten stattfinden, um eine Lösung dieser Frage zu finden.

In der Nachmittagsitzung statten die Vertreter der einzelnen Länder dem Sekretariat und den angeschlossenen Organisationen den Dank für die geleistete Arbeit und für die ihnen gewährte finanzielle Hilfe ab. Es wird dabei von vielen Seiten bemängelt, daß die Franzosen, Engländer und auch die Amerikaner sich an Hilfsaktionen finanziell nicht beteiligen. Die Engländer erklären, daß trotz aller Schwierigkeiten ihrer isolaten Bewegung das Verständnis für internationale Bewegungen wachse, und dadurch werde auch dieser Mangel mit der Zeit verschwinden. Der amerikanische Delegierte macht darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Gewerkschaften erst neu angeschlossen sind und gewöhnlich die Bewegungen schon beendigt sind, wenn solche Aufrufe darüber bekannt werden. Sedenfalls aber werde es auch bei ihnen auf diesem Gebiet anders werden.

Auf die Anregung Hollands soll das internationale Sekretariat in Zukunft bei Fragen von internationalem Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung, zum Beispiel zu internationalem Heimarbeit, Arbeitslosigkeit, Kongressen usw. Materialien sammeln und den Landeszentralen zwecks einheitlicher Stellungnahme dazu Anweisung geben. Nachdem noch besonders gerügt worden war, daß die französische Zentrale mit den Beiträgen, angeblich weil viele Gewerkschaften verhaftet und die Bücher der Zentrale von der Regierung beschlagnahmt wurden, im Rückstande ist, wird auf Anregung Beppis — internationaler Sekretär der Holzarbeiter — festgestellt, daß noch wie vor Unterstützungsgejüche zunächst an die eigene Landeszentrale, dann eventuell an das betreffende internationale Berufsssekretariat und erst dann, wenn deren Eingreifen nicht genügt, durch die betreffende Landeszentrale an das internationale Gewerkschaftssekretariat zu richten sind. Darauf wird dem Sekretär Decharge erteilt und für die vorliegende Berichtsperiode eine Entschädigung von M. 600 bewilligt.

In der weiteren Verhandlung wird ein Antrag zu unterscheiden diskutiert, wonach nur solche Gewerkschaften den internationalen Berufsssekretariaten angehören dürfen, die ihrer eigenen Landeszentrale angeschlossen sind. Alle Redner, auch die Berufsssekretäre, erklären sich im Prinzip für den Antrag; in Betracht der Verhältnisse in vielen Ländern sei er jedoch zurzeit praktisch nicht durchführbar. Schließlich einigt man sich dahin, frühere Beschlüsse, welche den Gewerkschaften den Anspruch an die heimatische Bewegung sowie an die Berufsinternationale zur dringenden Pflicht machen, zu erneuern. Dadurch erleidet sich der rumänische Beitrag.

Der Antrag des Internationalen Sekretariats zur Herausgabe der internationalen Gewerkschaftskorrespondenz, die jetzt schon in drei Sprachen erscheint, den Beitrag für je 1000 Mitglieder auf M. 4 jährlich zu erhöhen, wird einstimmig angenommen.

Die Franzosen wiederholen ihren Antrag auf Gestaltung internationaler Arbeiterkongresse. Sie würden mit dem Antrag so lange kommen, bis er angenommen wird. Hueber-Wien wünscht über diesen Demonstrationstag zur Tagesordnung überzugehen. Legien spricht ebenfalls für glatte Ablehnung des Antrages. Auf internationalen Gewerkschaftskongressen könnten nur allgemeine Fragen erörtert werden. Das würde eine leere Demonstration bedeuten. Das aber

wollten die Gewerkschaften nicht, sondern sie wollen praktische Arbeit leisten. Bei den Verschiedenheiten im Aufbau der Organisation in den Fragen der Laiität und Tendenz sei voreilig positive Arbeit unmöglich. Die Abstimmung über den Antrag wird zunächst ausgezögert.

Ein Vorschlag des amerikanischen Delegierten, die Bezeichnung "Internationales Sekretariat" durch "Internationalen Gewerkschaftsbund" zu ersetzen, wird angenommen. Von Amerika wird beantragt: Die internationale Konferenz soll den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer internationalen Arbeitersöderation empfehlen, wobei die Selbständigkeit der Arbeitersbewegung jedes Landes garantiert bleibt. Der Zweck der Söderation soll sein, den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder, die Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität. Hueber-Wien bezeichnet diesen Antrag als den der Franzosen ähnlich und beantragt Übergang zur Tagesordnung. Legien schlägt vor, durch Umfrage bei den einzelnen Landeszentralen diesen Antrag zu erledigen. Damit wird der genannte französische Antrag ebenfalls für erledigt erklärt.

Die Konferenz nimmt eine Protestresolution gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die französische Regierung einstimmig an.

Darauf referiert ein schwedischer Delegierter über: "Vorregeln zur Abschaffung der Nacharbeit und zur Einführung des gesetzlichen Arbeitstundentages". In einer von ihm gestellten Resolution erachtet die Konferenz die Arbeitervertreter der Parlemente der verschiedenen Länder Anträge einzulegen respektive zu erneuern, die ein Verbot der Nacharbeit für diejenigen Arbeiterschichten und Industriezweige verlangen, in denen nicht dringende Umstände eine Nacharbeit notwendig machen; gleichfalls sollen Anträge auf Einführung des gesetzlichen Arbeitstundentages eingereicht werden. Die angeschlossenen Landesorganisationen werden verpflichtet, in ihren Jahresberichten an das internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen zu liefern, um einen Überblick zu gewinnen, welchen Erfolg diese Anträge in den gelesenen Gewerkschaften der verschiedenen Länder gehabt hatten. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die Belgier verlangen die Gründung von Informationsbüros in allen Ländern und ihre internationale Organisation. Es handelt sich um Informationsbüros über die Geschäftsgänge und die Finanzlage der Industrie und der Handelsgesellschaften. In Brüssel ist ein solches Bureau bereits eingerichtet, das gut arbeitet und weritolle Dienste leistet. Die Konferenz überweist diese Anregung dem Sekretariat und beauftragt es, auf der nächsten Konferenz darüber zu berichten. Sodann wird über folgenden, von Frankreich gestellten Antrag verhandelt: Untersuchungen darüber anzustellen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um der Konkurrenz des I. Weltkriegs wirklichen wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben. Jauhang begründet den Antrag. Die Diskussion über die Maßnahmen soll dadurch wieder ordentlich in Fluss kommen. Er wünscht, daß zu den Demonstrationen Redner international ausgetauscht werden, um das Interesse für die Maßnahmen zu erhöhen und um für die internationale Solidarität zu demonstrieren. Sachsenbad-Berlin weitet sich gegen den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Konferenz wohl nicht geeignet sei, die Frage der Maßnahmen zu behandeln. Die Konferenz geht über den Antrag zur Tagesordnung über.

Segnen wird wieder zum Vorsteher des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt. Er nimmt die Wahl mit Dank an und benennt zugleich, daß durch diese Wahl die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Erhöhung durch die internationales Gewerkschaften erhält.

Die Konferenz beschreibt den Vorfall verhetzt suggier, auf dem Großen Nagel Weiß, bei großen Rockkämpfen für die Interaktionale Geltbarkeit, einen Staub niedergießen.

Der dichtest und lebtest Verbandstag beschäftigt die Konferenz gemeinsam mit den Vertretern der internatio- nalen Gewerkschaftsverbände die Frage: Was können die Sandeszentralen tun, um den Anfang führender Organisationen an die internationa- len Gewerkschaftsverbände zu fördern? Der Vorsitzende Roth (Buchdrucker) und eine große Reihe anderer Redner weisen auf die Schwerpunkte hin, mit den Gewerkschaften in England und Kanada in bessere Beziehung zu bringen. — Joseph (Transportarbeiter) und Giese (Textilarbeiter) meinen, daß es zur Förderung der internationalen Beziehungen vor allem notwendig ist, die gegenseitigen Organisationsverbindungen und Einrichtungen besser kennen zu lernen, was besonders durch entsprechende Herausführungen der Substitutionen, etwa durch die Zentralisierung der Nebenabteilungen im internationalem Sekretariat erreicht werden könnte. Die Redner sind der Meinung, daß die Förderung der Nebenabteilungen im Sekretariat keine jetzt jedoch bestehende gewünscht, nein wohl aus-

geboten werden. — Seihest (Vollzugsbeamter) darüber, daß die Beamtengeboten ihre Organisationen nebst auf die Bedeutung der internationalen Verträge bezüglich ihrer Ausübung hinzuweisen und für ihren Erfolg an diese betragen sollten. Die englischen und amerikanischen Zeugnisse legen dies

gut weinen will, die einzige nach Süden der Berufsschul-
biotische fehlt. Bedürftig zu töricht, daß die ihnen angehörenden
Reichsbünder sind auch ausnahmsweise der Arbeitserziehung des
eigenen Landes entzweit. Zu einzelnen Fällen ist
verständlich, daß die Erziehung bestreitbar ist, daß aber die
unentbehrliche Erziehungserziehung fortzuführen ist der
Bauhof, daß der Standort der Berufsschulbiotische genüge,
um auch bei so kleinen wie ein Maßstab zu. Ein Maßstab ist es, der eine
eigene Erziehung zu erfordern den gebrauchlichen Landes-
schulbiotischen und den Berufsschulbiotischen Schuleinrichtungen für
die Erziehung eine gewisse vom Heben verlangt.
Möglichkeit zu einer anderen Schulbiotischen für einen anderen
zweck, nach dem Maßstab gegeben wird.

Bundes (Bundeswehr Standort) übernahm mit der Meldung des neu ernannten Generalinspekteurs seine Verantwortung für die Reihenstellung zur Sicherung der Reihenstellung des Kommandanten der Flotte im Substanz übergeordnete Einrichtung, die höchste Sanierung und Entwicklung der strategischen abgesetzten Truppen. Die höchste Ausbildung in den strategischen abgesetzten Truppen ist bestrebt, um den Kommandanten der strategischen Truppen einen Großteil in die strategischen Wehr- und Organisationsabteilungen zu gestalten. Durch nach Belieben bestimmen, die Sanierung im Maßnahmen Ausbildungseinheiten befreit abgesetzt. Durch diese werden sich wegen der

Der Sonderfach der Qualitätsbewegung in England.

Um den ersten Schritt der modernen Individualisierung hat die
englische Volksbewegung eine ausgesprochen interessante
Geschichte. Sie ist die einzige Bewegung des
Volkstums, die auch eine Revolutionierung in der So-
zialordnung geprägt, und sie ist die für die englischen
Arbeiter einzig wichtige Partei. Es ist ein
interessantes Geschehen, dass eine Partei bestehen
in der die Revolutionierung der modernen Arbeit und
soziale Individualisierung verbunden ist.
Gesetzlich sind die gesetzlichen sozialen Rechte nicht
gewahrt worden. Gesetz I. Beck. Der lange Zeit in
England seit. Seitdem hat sich die sozialen Rechte verändert.
Die sozialen Rechte haben sich verändert. Die sozialen
Rechte haben sich verändert. Die sozialen Rechte haben sich verändert.

The Confederate for the Presidency with
one General Grant. And he being pro-
claimed from the platform President Mr. Abraham
Lincoln, who called the Confederacy to his audience
and Secession friends. The Confederacy he
had for the 1860 Electoral in the Union the
Confederacy, the White House the Abraham Lincoln
followed the Secession Confederacy Union and
Secession the white Union the Confederacy, in became
the Confederacy Abraham Lincoln, white Union.
the Confederacy Abraham Lincoln white and the Con-
federacy white and the Confederacy Secession
the Confederacy white and the Confederacy Secession, the
Secession white the Confederacy Secession the Confederacy
the Confederacy Secession white the Confederacy Secession
the Confederacy Secession white the Confederacy Secession
the Confederacy Secession white the Confederacy Secession

finanziellen Erfolgsreichten gegen die amerikanische Einladung. Legten befürchtet auf Grund seiner eigenen Erfahrungen diese Einladung. Allerdings müsse dann auch beschlossen werden — die deutsche Generalkonsulat und die amerikanische Geschäftskorrespondenz, die beiden größten Zentren, haben dem schon zugestimmt — die Delegationskosten im Umlogeverfahren zu bedenken, damit auch den Heimaten überlassen die Beteiligung ermöglicht werde. Es werde dazu — eine kostengünstige Weise in Rechnung gebracht — ein Gyldarbeiterung von rund A 4 pro tausend Mitglieder erforderlich sein. Zur Eintrittsgebühr werde die Konferenz im Anschluß an den amerikanischen Gewerkschaftstagtaggen zu einer Zeit, wo dort auch fast alle amerikanischen Gewerkschaften ihre Einzelverbandsstage abhalten. Es biete dies den ausländischen Teilnehmern also eine ausgewogene Gelegenheit zu Studien und zur Aufzehrung besserer persönlicher Verbindungen. Nebenwirkung würde das internationale Prestige bei der Feier der größten technischen Errungenheiten dieses Jahrhunderts nicht fehlen. Nach längeres Debüt in England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Schweiz, Italien, Spanien und die Vereinigten Staaten für die Minobate der amerikanischen Einladung und für den vorgekleideten Gyldarbeitertag Frankreich, Belgien, Polen, Czecoslowakien, Bosnien, Irland und Kroatien hätten längere, so daß mit jetzt gegen sieben Minuten rechnen müssen, die nächste Konferenz in San Francisco abzuhalten.

Auf Bemühung der anglo-irischen Delegierten erheben die Delegierten zu Ehren des verstorbenen englischen Generalstaatsmanns Lord Castlereagh den Blüten. Hierauf wird durch eine Erklärung des Vorsitzenden freigegeben die Abreise der Delegationen geöffnet.

Protest der Soldaten gegen die Sonntagsruhe.

Die von der Regierung geplante gelegliche Verkürzung der Arbeitszeit rief die selbständigen Konditoren zu einer Streikbewegung auf den Plan. Die Versammlung tagte am 21. September in Leipzig und zoll von etwa 500 Personen mehr oder weniger gleich stark. Siehe getreten sind noch Vertreter des Mittelstandes, der Wirtschaftsvereinigung, von Handwerksmeistern und Kaufleuteabgeordnete und solche, die alle ein Interesse hatten, anzutreten, daß dem Bauwesen der Sozialversicherung ein Siegel verpflichtet wird. So konnte der Vertreter des Mittelstandes die bisherige Sozialpolitik eine wesentliche Fürsorge für die Arbeiter, der die Regierung und bürgerliche Machtweise nur durch den außergewöhnlichen Grad der Arbeitsergänzungslösungen hätten verletzen lassen. Die hochlohnenden Maßregeln seien bereit und nicht richtig durchgeführt. Sie bedürfen den Arbeiter & Wirtschaftsamt und darüber um ein Mindest zur Selbstverantwortung. Eine Bewilligung, um deren Wichtigkeit kann überzeugt selbst selbst nicht glaubt. Der Sozialsozialist für Arbeiter würde ein einiger und geschlossener Mittelstand entsprechen, um einer Sozialpolitik in dem Sinne die Wege zu ebnen, wie sie der Erhaltung des Volkes zu einander dient. Einbedrohten müssen die Wirtschaftsleute in ihren Gewerken zu tun.

Um diefeße Stunde schlug auch der zentralistische Reichs-
regierungschef Oberst, neuer Reichs-Oberstleiter
zu Schlesien, zu Berlin. Er schickte doch ihm die

schäftigenbe. Rüstung der Einschränkung der Sonntagsverkaufsstunde im Konditorgewerbe nicht unbekannt sei und er sprach, nach Kräften für das Konditoreigewerbe einzutreten. Wie sich diese Erstellung des Gentiumsabgeordneten zu seiner religiösen Zunft deckt, darf überlassen mir ihm selbst. Nicht erbaut davon werden aber die „Christlichen“ sein, welche bekanntlich als den Reichstag petitionierten um die gesetzliche Festsetzung der Sonntagsruhe für alle Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien. Die christliche Brotbäckergewerkschaft wird vergebens auf Belehrungen ihrer Mitglieder im Reichstag warten.

Warum sind nun die Selbständigen gegen die Regierung so erhört, daß sie aus allen Gütern zum Protest zusammenrissen? Die Regierung hat nämlich einen Gesetzentwurf für die Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorbereitet, nach welchem für die Konditoreien statt der bisherigen fünf- und mehrstündigen Verkaufsstunde in Zukunft nur mehr eine solche von drei Stunden zugelassen sein wird. Gegen die Erweiterung der Sonntagsruhe in allen andern Gewerben hatten die Herren auch nichts einzuwenden; sie protestierten nur dagegen, weil für die Konditoreien ebenfalls keine längere Verkaufsstunde vorgeschrieben werden soll.

Uns würde diese Protestaktion fast gesessen haben, wenn nicht von Gehilfenvereinen zustimmende Erklärungen zu den Unternehmeransichten erfolgt wären. Nach einer Mitteilung in der Nutzungspresse sollen etwa 20 Gehilfenvereine schriftliche Protestfundgebungen, in welchen sie sich mit den „Prinzipien“ einig erklären, eingesandt haben. Gegen diesen Unzug wenden wir uns. Es ist nicht Aufgabe der Gehilfen, für die Interessen der Unternehmer einzutreten. Um allerwenigsten aber dann, wenn es sich, wie hier, darum handelt, gegen ein Gesetz anzukämpfen, daß die Verkaufszeit an den Sonntagen einschränken will. Wie der Referent ausführte, soll dadurch gewichtet werden, daß der ganze Sonntag, außer der Mittagszeit, zum Verkauf freigegeben werden soll, damit wollen ja auch den Gehilfen Freizeit während der Wochentage geben.

Die Leipziger Kollegen nahmen in einer Versammlung dazu Stellung, die am 25. September tagte. In einem eingehenden Referat, daß Kollege Schneider aus Berlin hielt, wurde zunächst die soziale Rückständigkeit der Mittelständler aller Schichtungen, von denen die Selbständigen des jüngsten Gewerbes seine Ausnahme machen, beleuchtet. Gründlicher sei unniere Stellung die, daß, wenn den Gehilfen der möglichen sechstümmerige Feiertag gewährleistet sei, wie kein Interesse daran haben, wie sich die Selbständigen mit der Sonntagssverfaßzeit abfinden wollen. Über die Prinzipien haben dieser Forderung ebenso fanatischen Widerstand entgegengesetzt, wie die reaktionären Bäuerinnungen, und ihre eigene Sicherung, man wolle das Personal wegen der eingangs genannten Sonntagstrübe arbeitsfrei entschädigen, sei lediglich eine platonische Liebeserklärung, die man nach der habschichtigen Haltung der Prinzipale nur mit einem unglaublichen Lächeln beantworten könne. Ob an der Behauptung des Referenten einer Prototypversammlung, daß sich 16 Gehilfenvereine ausschließlich freien Antrieb angeboten haben, daß Vor gehen der Prinzipale zu unterstützen, weil ja auch die Zukunft der Gehilfen, die alle die Hoffnung haben, selbständig zu werden, einiges Maß habe, sei, könne man nicht nachprüfen; sollte das aber Tatsache sein, so haben sich diese Gehilfenvereine in bes. Worte schwärzesten Sinne an den Prinzipalen profiliert.

In der Diskussion, in welcher hauptsächlich nationaldeutsche Gehilfen zum Rorte kamen, wurde bezweifelt, daß die Gehilfenveterane freiwillig zur Unterstützung der Schmerzen der Selbständigen angeboten haben. Wohl könne es sein, daß sich einige Kollegen, um sich bei Prinzipsatz und Innungsbefindenden ihr empfehlende Erinnerung zu bringen, gemeldet hätten; aber diese jetzt wohl kaum Vertreter von in Betracht kommenden Körperschaften. Es werden in nun Berichten

üben sollte, gab es auch Anhänger einer sanfteren Form. So erklärte 1833 ein Glasgower Arbeitertreffen:

Nicht eine Instruktion wird es sein, sondern ein paß über Widerstand; die Arbeiter werben ihre Ruhe genießen, sie gibt fern. Sieht und es kann keines geben, daß sie zwingen könnte, gegen ihren Willen in die Fabriken zu gehen. Sie können Spaziergänge machen, auf der Straße oder in den Feldern; sie werden nur nicht in gebräuchten Mäßen das Faulnix und Soteln als Opfer darbieten, und zur Verlebung der Aufzugsstätte wird es nicht kommen. Raubbau wird gebürgt; eine arbeitslose Woche oder ein arbeitsloser Monat wird eine gute Lehre sein; die Wecksel werden nicht formiert werben, das Geschäftsleben wird stoden, die Londoner "Savages" wird lange Kästen von Wanzfritten bringen, die Staatsbetriebsmänner werden ausbleiben, die ganze Regierungsmühle wird in Ronfution geraten, und Gieb ist gleich bei Rette, bis die Gemeinschaft zusammenfällt, wird sie besiegen durch das passive Verhalten der Leuten gegen die

Quoc, es blieb zunächst bei Erörterungen in Versammlungen, in denen auch besonders in London, wo die Gemeindeschäfte bereits auf einer gewissen Höhe angelangt waren, ein Studiobuch gegen die Tafif gelehrt gemacht wurde. Es kam zu kleinen Schlätteln, die stahllos verließen, um mit einer aufgerollten Fäuste vorüber die Anfangsphase des Streiks befreit. Mehr Bedeutung erlangte die Stages allgemeinen Streiks, als die Oberklassebewegung ihrer Höhe ihrer Entwicklung angelangt war, ohne doch seine Erlangung des geledeten Ziels zu konzentriert. Die Streikstufen über die Tafif in der Arbeitersbewegung schieden nunmehr

„In der Frage des Unabhängigkeitskrieges gab es drei Richtungen: eine war — erweitert bis zum Jahre 1845, bis zum Zusammenbruch der letzten ehemaligen Kolonie — sozialistisch und parlamentarisch; sie strebte nach der politischen Freiheit, um Großbritannien in eine bestimmte Zahl von sozialistischen Kolonien zu verbinden, wobei vor allem Vergleichung des Grund und Bodens in Betracht kam. Diese Richtung betrafte bei den Proletariermassen vorherrschendes war. Die zweite war zwar in ihren sozialistischen Vorstellungen sozialistisch, aber sie strebte nach politischen Rechten, um mit ihrer Hilfe freie Bahn zu erhalten für Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen, politische Organisation, Bildung und Tätigkeit der Arbeiterschaft.“

die damit lediglich selbstsüchtige Zwecke verfolgen, fortwährend Gehilfenvereine gegründet, die aber zumeist nur aus der Sektion des Gründers und im besten Falle aus einem halben Dutzend Kollegen bestehen. Von solchen Elementen Selbstauskünfte zu verlangen, sei mehr als gewagt.

Jedemfalls habe der hessische Konditorgehilfenverband eine Veranlassung gehabt, in irgendeiner Weise mit den Prinzipien der Prinzipale bisher alle Versuche, eine Besserstellung der Gehilfen herbeizuführen, schroff zurückgewiesen haben. Tatsache sei es weiter, daß für gelehrte Gehilfen keine noch Monatslöhne von M. 30 existieren; aber es sei außerordentlich schwer, die Gehilfenschaft zu organisieren.

Interessant war schließlich noch das Auftreten eines Sekretärs des christlichen Kartells von Leipzig, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, die Gehilfen vor der Sozialdemokratie grausam zu machen und seine hauptsächlichsten Ausführungen zur Verteidigung des Verrats der Christlichen im Bergarbeiterstreit gebrauchte. Wohl hatte der Christliche Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter eine Einheit an den Bundesrat gemacht um Beschränkung der Sonntagsarbeit, und diese Eingabe wurde seitens der Konkurrenzunternehmen geradezu fanatisch bekämpft; aber dieser christliche Sekretär fand nicht ein Wort, um die Eingabe der Christlichen zu verteidigen und das Gebaren der jungen zu verurteilen. Hätte der Versammlungsleiter ihn gewahren lassen, er hätte zweifellos noch stundenlang geprahlt, den „sozialdemokratischen“ Verband und die Sozialdemokratie zu verleumden.

Ein Resultat in unserem Sinne konnte der ganzen Natur der Versammlung nach nicht erzielt werden, aber festgestellt wurde, daß Gehilfen und Innungen keine gemeinsamen Interessen haben und daß man es weit von sich weise, für Prinzipialinteressen den Innungen sich an den Hals zu werfen.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

I.

Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 war auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteter Bewegungen der Arbeiterschaft nicht so günstig als die des Jahres 1911. Die langwierigen Balkan-Kriegen und die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage und des Geldmarktes übten ihre ungünstige Wirkung auch auf das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen Anzahl wichtiger Industrien flautete der Begeisterung erheblich ab, der Grad der Arbeitslosigkeit erhöhte sich und ein stärkeres Angebot von Arbeitsmännern machte sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Vergleicht man die Ergebnisse der Statistik des Zentralverbands über: „Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912“ mit den Zahlen der vorjährigen Statistik, so will es scheinen, als wenn die ungünstigere wirtschaftliche Lage von keinem Einfluß auf die Zahl und den Umfang der wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft war. Es ist vielmehr schiermäsig eine Verminderung der Bewegungen wie auch der daran beteiligten Personen zu konstatieren. Es fanden sich insgesamt 9961 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung verglichen mit 1911 10 011 669 Beteiligten gezählt, so daß das Jahr 1912 ein Mehr von 91 Bewegungen und 242 689 Personen aufweist. Bei diesem Zahlenverhältnis muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große Bergarbeiterstreit ausbrach, an welchem vom Bergarbeiterverband allein 237 732 Personen beteiligt waren. Sieht man von diesem Kampf als eine Ausnahmescheinung ab in dem Sinne, daß eine solche

erhebliche Teilnahme von Personen eines Berufes an den wirtschaftlichen Kämpfen sich nicht alljährlich wiederholt, so ist die verbleibende Zahl der Beteiligten der des Jahres 1911 annähernd gleich. Auf die Zahl der stattgefundenen Bewegungen läßt dagegen der Bergarbeiterverband insbesondere keinen Einfluß aus, als der Verband denselben, obwohl er sich auf 289 Orte erstreckte, nur als vier Fälle zählt, und zwar nach den hauptsächlich davon betroffenen vier Landesteilen.

Von den 9961 Bewegungen des Jahres 1912 verließen 7136 = 71,6 p. 100 (1911: 69,9 p. 100) mit 774 769 Beteiligten gleich 61,8 p. 100 (1911: 67,9 p. 100) ohne Arbeitseinstellung. In 2825 Fällen kam es zu Kämpfen, an denen 479 589 Personen durch Arbeitseinstellung beteiligt waren. Der Anteil der friedlich verlaufenden Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen 1911 um 1,7 p. 100 gestiegen. Seit dem Jahre 1905, in welchem zum ersten Male die Ethebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt wurden, hat sich der Anteil dieser Bewegungen an den Gesamtzahlen ständig gesteigert.

1905 verließen 56,1 p. 100 aller Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und erhöhte sich bis 1912 dieser Satz um 15,5 p. 100. In diesem Verhältnis drückt sich nicht allein die machende Macht der Gewerkschaften aus, sondern es legt auch Zeugnis davon ab, daß es den Arbeitern nicht in erster Linie auf die Führung von Streiks ankommt, wie die Scharmacher fortwährend behaupten, um Stimmung für eine Erdrosselung des Koalitionsrechtes zu machen, sondern auf die notwendige Verbesserung ihrer Lebenslage. Erst dann greifen die Arbeiter zu dem Mittel des Streiks, wenn eine friedliche Verständigung über Differenzen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an dem Standpunkt des Unternehmers scheitert.

Die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung verursachten eine Gesamtausgabe von M. 11 733 749. Die Kosten stehen hinter denen des Jahres 1911, in welchem sie M. 16 272 313 ausmachten, um M. 4 538 564 zurück.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6304 unternommen um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. In diesen Bewegungen nahmen 736 407 Personen teil. 532 Bewegungen mit 38 362 Beteiligten wurden dagegen durch das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hervorgerufen. 1911 erfolgten 5868 Angriffsbewegungen mit 662 425 Beteiligten und 883 Abwehrbewegungen mit 23 991 Beteiligten. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1911 um 436 und die der Beteiligten um 73 982 gestiegen. Abwehrbewegungen haben zwar 56 weniger stattgefunden, indes hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen um 14 371 vermehrt.

Der Erfolg der Angriffsbewegungen entspricht annähernd dem im Jahre 1911 erreichten. Sie waren in 1642 Fällen = 73,8 p. 100 (1911: 76,9 p. 100) mit 511 232 Beteiligten = 69,4 p. 100 (1911: 67,3 p. 100) erfolgreich und in 1512 Fällen = 24,0 p. 100 (1911: 20,1 p. 100) mit 20 538 Beteiligten = 27,9 p. 100 (1911: 25,7 p. 100) teilweise erfolgreich. Gegenüber dem Jahre 1911 ist der Prozentsatz der erfolgreichen Bewegungen zwar um 3,1 geringer, dagegen ist jedoch der Prozentsatz der daran Beteiligten ein höherer. Das Verhältnis der mit teilweiseem Erfolg beendeten Bewegungen ist sowohl bei den Fällen wie auch bei den Beteiligten ein günstigeres. Die Abwehrbewegungen verlieren, soweit dabei die erfolgreichen in Frage kommen, günstiger, die mit teilweiseem Erfolg beendeten ungünstiger als 1911. Sie endeten in 676 Fällen = 81,2 p. 100 (1911: 79,5 p. 100) mit 36 477 Beteiligten = 95,1 p. 100 (1911: 88,0 p. 100) erfolgreich und in 73 Fällen = 8,8 p. 100 (1911: 10,5 p. 100) mit 982 Personen = 2,6 p. 100 (1911: 8,7 p. 100) teilweise erfolgreich.

Die Angriffsbewegungen nebst der Zahl der daran beteiligten Personen nehmen 1912 die höchste Stelle ein.

Die Zahl der Abwehrbewegungen ist zwar seit 1909 zurückgegangen, die gegen das Vorjahr wieder stark vermehrte Zahl der Beteiligten zeigt aber, wie sehr die Arbeiter bemüht sein müssen, ihre Organisationen immer weiter zu stärken, um die Neigung der Unternehmer, ungünstige Konjunkturen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunützen, erst gar nicht ausflammen zu lassen.

Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erforderen eine Ausgabe von M. 247 384, 1911 wurden dafür M. 209 407 aufgewendet; es trat somit eine Erhöhung dieser Kosten um M. 37 977 ein.

Beispielhaft von dem umfangreichen Bergarbeiterstreit, bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welch starker Weise der Bergarbeiterstreit auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Bergarbeiterstreit entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit vier Streikfällen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914), und die Zahl der betroffenen Personen 479 589 (1911: 325 253). Es haben demnach gegen das Vorjahr 89 Kämpfe weniger stattgefunden, indes die Zahl der Beteiligten um 154 336 gestiegen ist. Rechnet man von der Gesamtzahl der Personen die 237 732 Beteiligten des Bergarbeiterverbandes ab, so wäre entsprechend der verminierten Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befanden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 080).

Der Rückgang an Kämpfen erjectet sich nur auf die Streiks, Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vollzogen worden. Es wurden geführt 1543 Angriffsstreiks (1911: 1705) und 926 Abwehrstreiks (1911: 1002); Aussperrungen erfolgten 356 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kamen 352 090 (1911: 169 657) auf die Angriffs- und 45 400 (1911: 42 239) auf die Abwehrstreiks. Von den Aussperrungen wurden 82 099 (1911: 113 357) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 262 Angriffs- und 76 Abwehrstreiks weniger geführt, während die Zahl der Aussperrungen um 149 stieg. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum im Jahre 1912 eine stärkere Angriffsflut vorhenden war, während sich die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt; Symptome, die mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem stärkeren Antritt vom Arbeitsmarkt im Einlang zu stehen scheinen. Allerdings wird die Annahme einer stärkeren Angriffsflut der Unternehmer wieder eingekehrt durch die um 31 258 gekürzte Zahl der Aussperrten, danach waren die Aussperrungen nicht so umfangreich als im Vorjahr. Auch die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten ist um 3161 geringer, was der geringeren Zahl dieser Kämpfe entspricht. Die um 183 343 gestiegene Ziffer der Beteiligten bei den Angriffsstreiks läßt aus den schon erwähnten Gründen, allgemeine Schlüssefolgerungen nicht zu.

Der prozentuale Anteil der Angriffsstreiks an den Gesamtkämpfen ist seit dem Vorjahr von 58,5 auf 54,6 p. 100 und bei den Abwehrstreiks von 34,4 auf 32,8 p. 100 zurückgegangen. Der prozentuale Anteil der Aussperrungen ist dagegen von 7,1 auf 12,6 p. 100 gestiegen.

Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 gleich 61,7 p. 100 (1911: 65,8 p. 100) erfolgreich, 458 = 16,4 Prozent (1911: 15,3 p. 100) teilweise erfolgreich und 536

sich diese zu befähigen, das Land im sozialistischen Sinne zu verwälten. Um diese Gedanken scharte sich die Arbeiterschaft Londons und Schottlands, die höchstwahrscheinlich nicht mehr als 10 p. 100 des britischen Proletariats bilde. Die dritte Richtung war eine gewerkschaftliche, die die naturrechtliche Theorie verfocht, daß dem Arbeiter der rechte Ertrag seines Schaffens gebührt, und in der Praxis forderte sie einen anständigen Lohn für einen intakten Arbeitstag. Zu einer klaren Scheidung dieser Richtungen ist es nie gekommen. Ausgenommen in den Jahren 1833 und 1834, in denen die ökonomische Aktion im individualistischen Sinne mit aller Härte hervortrat, waren die organisierten Arbeiter und die Chartisten der Meinung, daß die Grundbedingungen zur Befreiung aus der Sklaverei in der Erhöhung der politischen Macht liegt und daß deshalb alle Energien auf dieses Mittel zu konzentrieren sind. Der parlamentarisch-demokratische Geiste, der die Arbeiterschaft die Befreiung so vollständig, daß es ihr keinen Raum gab. Die Bewegung erhielt den Namen Chartismus von ihrem demokratischen Programm: dem Volkswillen, der im Jahre 1837 bis 1838 vom Londoner Arbeiterverein angeregt und vom Tischler William Cobbett verfocht wurde. Der Volkscharter war nichts weiter als ein roder, klar geschriebener Gesetzesentwurf, der folgende sechs Punkte in Form von Abschritten und Paragraphen enthielt: 1. allgemeines Wahlrecht; 2. gleiche Wahlberechtigung; 3. Abstimmung des Jenseits für Parlamentskandidaten; 4. einjährige Legislaturperioden; 5. geheime Abstimmung; 6. Räte für Parlamentswahlkäfer.

Im Jahre 1839 wurde eine Petition für diese Volksrechte in Umlauf gelegt, die im ganzen Lande eine große Zahl von Unterschriften erlangte. Gleichzeitig trat in London ein Volksparlament, an dem Delegierte aus den Deutnissen der Bewegung teilnahmen, zusammen, in dem die Idee der Tatkraft aufs bestzte diskutiert wurde. Den bekannten Einwänden, daß die Organisation der wichtigste Faktor der Bewegung sein müsse, setzte die Bodenrechts „London Demokrat“ folgende anarchistische Phrasen entgegen:

„Organisation wird's nicht tun. Nicht die organisierten Massen werden den Sieg bringen. Nein, nein! Der Sieg hängt ab von den Leuten jener freudelosen Leute, die kein Heim haben, für das Untergang zu für ein eine Ruhmung, um sich sattzuseßen, keine Meldung, um

sich warmzuhalten oder anständig auszugeben, kein Mittel, um dem Leben einen Wert zu verleihen. Der Kampf wird ausgefochten werden von denen, die von den Gesetzen ausgeschlossen wurden, die Schlacht wird ausgefochten werden durch Briganten, wie man diese Menschen nenn.“

Das Volksparlament vertrat sich, um nach Birmingham zu gehen und hier, angefeuert von O'Connor, dem Führer der Bewegung, alle Einwände gegen den Generalstreik in den Wind zu schlagen. Der Konflikt war unvermeidlich: die Arbeiterschaft von Birmingham ging auf die Straße, die ab vom Militär beobachtet wurde. Der Militär, die Gewalt, Papier, der im Getuch stand, rückte den Oberhäuptern zu sympathisieren, störte im Hintergrund auf die Beschlüsse des Volksparlaments:

Die Chartisten jagen, sie werden den heiligen Menschenlosen. Grenzenlose Dummheit! Nicht werden sie halten. Die Arbeiter haben keine Mittel, um in die Ferien zu gehen. Sie werden plündern und zu Hunderten gehängt werden. Die Chartisten werden sich über diese Frage wälzen, oder wenn sie das letztere dennoch versuchen, sind sie verloren... Sie reden von physischer Gewalt. Narren! Sie haben die physische Gewalt, nicht sie. Sie erzählen, sie haben 100 000 bewaffnete Männer. Aber wie sollen sie diese in Bewegung setzen, wenn ich zwischen ihren Abteilungen mit der Kavallerie herumtanze und sie mit Kanonengeschossen überprüffe? Wer können die 100 000 Männer mit ihren Piken und alten Flinten austrüten gegen meine Granaten, die heulend, sengend und zerstörend wie feurige Bluthunde unter ihnen laufen werden?“

Der Abschluß der Bewegung setzte in eine wahre Revolte aus, die blutig unterdrückt wurde und zahlreiche Teilnehmer auf Jahre ins Gefängnis brachte. Dennoch: der Generalstreik wurde in London, möglicherweise durch die Arbeit niedergelegt, die Regierung auch das Staatsräder niederschlagen mußte und allen Profitmachern die Profitsquelle zerstört wird.“

Zum antwortete William Carpenter: „Sei mehr ich von der Bedeutung des Generalstreiks überzeugt werde, desto größer wird meine Verlegenheit. Meine Freiheit jetzt mich zwar der Gefahr aus, Frieden oder gar Feige, wenn nicht noch schlimmeres genannt zu werden, aber ich glaube, es gehört jetzt mehr Mut dazu, gegen den Generalstreik zu treten, als ihm anzustimmen. Es ist besser, sich Beschimpfungen auszusetzen, als sich blindlings vor der Stromung mitzutreiben zu lassen.“

Die schwärmere Form fand in den Massen sehr viel Anhang und so fanden am 12. August große Umzüge und Versammlungen statt, die in einigen Ortschaften mit Zwischenfällen endeten. Das schwärmere Zugtreiben der Jungen und Weibchen ließ indes eine weitere Kraftentfaltung nicht aufkommen. Das Volksparlament löste sich schließlich selbst auf.

Die schwärmere Form fand in den Massen sehr viel Anhang und so fanden am 12. August große Umzüge und Versammlungen statt, die in einigen Ortschaften mit Zwischenfällen endeten. Das schwärmere Zugtreiben der Jungen und Weibchen ließ indes eine weitere Kraftentfaltung nicht aufkommen. Das Volksparlament löste sich schließlich selbst auf.

gleich 19,3 vgt. (1911: 19,0 vgt.) erfolglos. Von 68 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 45 mit 3982 Beteiligten waren am Jahresende nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfallen 1912 3,6 erfolgreich beendete weniger. Der Prozentsatz der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gestiegen und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Infolge des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterkriegs sind die prozentualen Erfolgssichten der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahr, was sich in ganz besonderer Weise bei dem Angriffskrieg bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahr lassen sich deshalb allgemeine Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 134 798 = 28,4 vgt. (1911: 39,5 vgt.), teilweise Erfolg 60 091 = 12,8 vgt. (1911: 39,3 vgt.) und keinen Erfolg 274 979 = 57,8 vgt. (1911: 19,2 vgt.).

Das Verbot der Nacharbeit in der internationalen Geschäftswelt.

I.

Für die kapitalistischen Politiker, die aus demagogischen Gründen Sympathie für die Arbeiter heuchelten und für gesetzlichen Arbeiterschutz eintaten, war es lange Zeit ein bequemes Argument, die nationale Arbeiterschutzgesetzgebung mit dem Hinweis auf die Ratlosigkeit internationaler Arbeiterschutzgesetzgebung zu belasten und zu verschleiern. Dieses Argument war jedoch falsch; die Idee einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung war in allen sozialdemokratisch geprägten Ländern vorhanden; es fehlte nur an der nötigen Erziehung und Organisierung, um etwas Einheitliches zu schaffen. Haupttriebfedern zu der internationale Arbeiterschutzgesetzgebung waren auch die internationale Gewerkschaft und die internationale Arbeiterbewegung. Unter den Parteien, die im nationalen Rahmen nicht erledigt werden können, befand sich die Abstimmung der Nacharbeit. Alle Regierungen sind sich darin einig, daß die Nacharbeit verwerthet ist, doch sie argumentieren auf Sitten und Geist einzwickt und die Arbeiterschaft auf schriftliche geführt. Englands hatte sich von den großen, auf dem Gewerkschaftskonservativen Säumen keiner gründet, der die jahrgangsguten folgen der Nacharbeit durch ein allgemeines Verbot bekräftigt hätte. Ein Staat wortete auf den anderen; keiner wollte den ersten Schritt tun.

Im Oktober 1887 beschloß der Vertretung der britischen Gewerkschaft die Erarbeitung eines internationalen Arbeiterschutzgesetzes für 1888, der dann auch in diesem Jahr vom 14. bis 21. Juli stattfand. Dieser Kongress stellte unter anderem auch die Forderung auf: Verbot der Nacharbeit, mit Ausnahme jünger Industriezeiträume, deren Natur unmittelbarer Betrieb erfordert. Durch diesen Beschuß wurde der in allen Industrieländern bereits bestehenden Bewegung gegen die Nacharbeit ein größerer Zusammenschluß gegeben.

Bei Bekanntmachung der britischen Regierung wurde dann im Jahre 1890 nach Berlin eine Arbeiterschutzkonferenz einberufen. Diese wurde von fast allen Industrieländern besucht. Besonders waren 15 Staaten. Deutsche Delegation nahm diese Konferenz nicht. Sie bestimmt sich darum, in ihren Interessen auf die ihr Gewerkschaftsvertragsgesetz zugehörige Erhaltung nicht aber weniger Bedeutung geweckt als „sozialdemokrat“ zu erhalten. Unter andern auch das Verbot der Nacharbeit für Kinder unter 14 Jahren sowie in industriellen Betrieben beschloßt waren. Ferner bestimmt auch als „sozialdemokrat“ den Ausdruck der Nacharbeit von Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren sowie den Ausdruck der Nacharbeit für Frauen. Da eine Verbesserung der Nacharbeit der erzielbaren niedrigeren Berufsschicht kein Bleibetrag. Das kann auch in dem Arbeiterschutzgesetz, das im Jahre 1897 in Paris und Madrid abgeschlossen wurde. Doch wieder der internationale Arbeiterschutz auf beiden Kontinenten mischen sich ein, da die Errichtung einer internationalem Gewerkschaft größtenteils wurde. Ein weiteres im Jahre 1900 in Paris abgeschlossener Kongress für gesetzlichen Arbeiterschutz kam dann zur Errichtung einer internationalem Vertrag: Diese schickte sich die Zusammenarbeit verschiedener Organisationen über die Nacharbeit der Frauen und ihre Wirkungen auf die Jugend. Auf dem Berliner Kongress war von der „Gesellschaft für jugendliche Rechte“ (Sitz Berlin) die rechtliche Bekämpfung der Nacharbeit (verbunden mit den entsprechenden Abschaffungen) gefordert worden. Folgende Tabelle aus dem Bericht der „Gesellschaft für jugendliche Rechte“ ist zugleich interessant und herausragend:

Die Nacharbeit hat nicht nur Nach über jede Nacharbeit bringt, da es an sich eine Schönheit, und zwar eine verschwundene. Das kann in der Nach zur Arbeit am Tage und am Nachts, in der Nach gegeben; in diesen Gewerkschaften geben die Arbeit und die Ruh am Abend, und je nach Tag und Nacht, nach arbeitsfähig vernehmen. Nicht längst in der Nacharbeit, auch in einer Gewerkschaft, die Arbeit mit der Ruh am Abend, und dem Gewerkschaft der Arbeit über Gewerke beginnen der Arbeitstag. Die Arbeit der Nach ist erwartender, erwartender und — nicht nur nach arbeitsfähig — weniger vernehmbar als am Tage. Und der Sohn der Nach ist weniger erhabend und weniger als der bei Nacht. Nach am Nachts, sondern nach arbeitsfähig ist beständig die Nacharbeit der Jugend, dass Reaktionen nicht einer Sache, sondern einer Sache nach arbeitsfähig.

Seite Gewerke gegen die Nacharbeit richten sich. Sie untergraben zwecklos Gewerke beständig bringt nach, ja einfach keinen und keinen, der alles in der Nach der Arbeit und der Arbeit. Das liegt die Gewerke gesetzlich nicht beständig, wie die höheren Gewerke der Gewerkschaft, welche kann den Zweck der Nach in der Nacharbeit, das Nacharbeit beständig machen. Das werden Gewerke und Gewerke beständig und beständig bringen und die Gewerke der Nacharbeit.

Erneut der Nacharbeit richten sich die Kinder und Eltern, aber es darf keine Gewerke die Gewerke

und jüngeren Abteilungen des arbeitenden Volkes, die jugendlichen Personen und die Frauen.“

Doch diesem schwachen Standpunkt gegen die Nacharbeit wurde in der Folge nur gegen die Nacharbeit jugendlicher und weiblicher Personen Front gemacht; für die erwachsenen männlichen Personen tüchtete sich nichts, um auch diese vom Joch der Nacharbeit zu befreien.

Die in Paris gegründete Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz berief auf Generalversammlungen 1902 in Köln, 1903 und 1904 in Basel und 1906 in Genf über die Beseitigung der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche und fügte bezüglich der Jugendlichen folgenden Beschuß:

Nacharbeit jugendlicher soll bis zum vollendeten 18. Lebensjahre im allgemeinen verboten werden, Ausnahmen sind nur für mehr als vierzehnjährige zugelassen. Die Nacharbeit soll mindestens 11 Stunden betragen und jedenfalls in die Zeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens fallen. Eine Kommission soll Wege suchen, wie diesen Beschränkungen Geltung zu verschaffen ist.

Die Bemühungen der Vereinigung für Arbeiterschutz hatten insfern positiven Erfolg, als die auf Einladung des schweizerischen Bundesrats 1906 zusammengetretene sogenannte Berner Konferenz bezüglich der Nacharbeit der Frauen Abmachungen traf.

In diesen Tagen waren es genau sieben Jahre, daß die ersten internationalen Staatsverträge über Arbeiterschutz unterzeichnet wurden; am 26. September 1908 wurde von sieben Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das ein Verbot von weitem Phosphor enthielt und dreizehn Staaten unterzeichneten eine Vereinbarung über ein Verbot der Nacharbeit von Frauen in Fabrikbetrieben. Seitdem haben diese Bestimmungen weit über den Bereich der damals abziehenden Staaten ihren Geltungsbereich ausgedehnt und sie sind besonders auch auf Jugendliche ausgewandert worden. Der heutige Stand des Verbotes der Nacharbeit wird durch folgende Angaben illustriert: In England unter 16 Jahren zu Nacharbeiten von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens nicht verwendet werden. In England ist Nacharbeit für Jugendliche männlichen Geschlechts in einzelnen Industriezweigen verboten, in andern jedoch für über vierzehnjährige gestattet, zum Beispiel in Glasfabriken, in Eisenbahnen und Buchdruckereien, in Schokoladen-, in Süßwaren- und Buchdruckereien. Auch Schokoladefabriken, Buchdruckereien und Druckereien haben vom Staatssekretär die Erlaubnis erhalten, Jugendliche bei Nacht zu beschäftigen. Das Verbot ist alle Parti durchdrungen. Im Juli 1911 wurde in England eine Kommission eingesetzt, um Untersuchungen über die Zustände der Nacharbeit zuzunehmen. Diese Kommission hat dieses Frühjahr Berichte erstellt. Der Bericht bemerkt, daß die Wirkung der Nacharbeit auf die Gesundheit nicht gleichmäßig geworden sei, die Kommunisten habe jedoch frappiert, daß Nacharbeit unbedingt sei und führte zur Schädigung der Gesundheit führe, da sie die Kinder des Sonnenlichts und getrennten tiefer Schlaf bewirke, außerdem aber ungetreue Erziehung und soziale Kränze. Dieser Bericht kommt die Kommission zu dem Verdacht, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Industrie von einem vollständigen Verbot der Nacharbeit Abstand zu nehmen.

Bei den Nachweisen, die sich mit der Vermittlung der Bäder und Konditoreien befaßten, sind im August 10 231 Arbeitssuchende, 803 offene Stellen und 7495 Vermittlungen gebucht worden. Auf je 100 offene Stellen kamen 123 Arbeitssuchende, gegen 133 im Vorjahr und 126 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Gegen den Monat ist also für die Bäder eine Verbesserung der Lage eingetreten; gegenüber 174 im Vorjahr und 146 im August 1912. Bei den weiblichen Personen kamen auf je 100 Stellen 101 Arbeitssuchende, gegen 103 im Vorjahr und 92 im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Wie sich die Vermittlungstätigkeit für Bäder in den einzelnen Landesgebieten gestaltete, zeigt folgende Tabelle:

Landesgebiete	Auf jede Stelle erzielte Arbeitssuchende				
	St. v. Arbeitssuchenden	St. v. offenen Stellen	St. v. vermittelten Stellen	St. v. Arbeitssuchenden	St. v. Arbeitssuchenden
Provinz Ost- und Westpreußen	26	21	19	1,24	1,10
Berlin und Provinz Brandenburg	3397	3396	3363	1,00	1,09
Provinz Sachsen	153	121	116	1,26	1,35
Provinz Sachsen	27	23	21	0,96	0,79
Sachsen	77	53	31	1,45	2,82
Sachsen	203	198	155	1,03	0,96
Sachsen-Anhalt	106	56	53	1,90	1,70
Hannover	217	141	136	1,49	1,51
Westfalen	400	251	154	1,59	1,98
Hessen-Nassau	364	179	158	2,03	2,22
Rheinland	246	162	127	1,52	1,86
Königreich Preußen	875	558	515	1,56	0,93
Sachsen	991	748	730	1,32	1,24
Württemberg	357	317	232	1,12	0,93
Großherzogtum Baden	688	350	301	1,96	2,06
Hessen	202	110	84	1,84	3,76
Anderer Bundesstaaten	44	28	21	1,59	1,22
Stadt Hamburg	1637	1130	1128	1,45	1,54
Elbe-Löhringen	248	185	146	1,34	1,66

Ein Vergleich der Verhältnisse ergibt, daß in keinem Landesgebiet eine Zunahme der Arbeitssuchenden gegenüber dem Vorjahresmonat des Vorjahrs eingetreten ist. In keinem Gebiet trat ein relativer Rückgang in der Zahl der Arbeitssuchenden ein. Im Berghaus zu den offenen Stellen war der größte Anstieg in Hessen-Nassau, der geringste in Berlin. Nach den Berichten der Nachweisen fehlt es an jungen (billigen) Arbeitssuchenden. Die Berichte aus der Fleisch- und Wurstindustrie laufen günstig; die Fabriken waren normal, zum Teil sogar gut beschäftigt. Aus der Schokoladewarenindustrie wird dagegen sehr gesagt. Die Berichte waren schwach und infolge der niedrigen Ausfuhr schlechter als im Vorjahr beschäftigt. Die Fleischwarenindustrie litt unter der anomalen Wirtschaftung, das enthaltend schlechte Fleisch wurde dem Kunden zu geringen Kosten gereicht. Die Fleischwarenindustrie die Arbeitssuchenden aller erschöpften Nachfrage zur Verfügung. —

Bei Wadoen spricht ein anderer Artikel, der erwartend

die Größe der jetzt gebrauchten Kapazität vorhersagt und im weiteren Bericht die weiteren Leben mit indirekter Wiederholung erörtert und beschreibt wird. Dazu bringt das Heft noch „Rückrungen in Bäckereien“, ebenfalls mit Zeichnungen, und weitere Abbildungen über den Konditoreibetrieb, die Brotfabrikation, die Fleischwarenindustrie, Fleischwarenindustrie, die Fleischwarenindustrie und die Fleischwarenindustrie. Da werden nochmals gesagt, daß weitere Bestellungen auf die Fleischwaren mancher unverzüglich geworden müssen, wenn rechtzeitige Lieferung am 15. Oktober erfolgen soll. Man erwartete sich über alles Arbeit bei jeder Fleischwarenindustrie über beide Monate bei der regelmäßigen Produktion des Wurstbelegs und giebt den jüngsten Namen und genauer Werke sowie den Ort der Fleischwaren und deren Erzeugungszeit (Hamburg) an. Es ist erwartet, daß die Erzeugungen am Nachmittag 12. Dezember 1912 preislich der Brot. Das Monogramm beträgt höchstens 50 Pf. und 54 Pf. Beleg; Einzelbeste können nur durch die Zahlstellen oder durch die Hauptverwaltung Hamburg I, Börsenbodenstrasse 55, Zimmer 56) begegen werden, und es für die einzelne Person in solchen Fällen 25 Pf. und 54 Pf. Preis bei der Belegung entsprechen.

Zur Arbeitslage.

Die vorliegenden Berichte über die Geschäfts- und Betriebslage hat Ausmaß erstaunlicher Art. Sie sind jedoch, und das Schätzungen, Empfehlung

Die Arbeitslosen heraus!

g. Die Nachfrage der Unternehmer beeinflusst die Bedarf des sozialdemokratischen Vorstandes in dem, die erbostenen Arbeiter auf der Versicherung, daß es der Arbeitnehmer eigentlich gar nicht so schlimm sei, daß für die nächste Zeit die allgemeine Geschäftslage eine günstige Entwicklung erwarten läßt. Auch für die Arbeitnehmer ist es am erstaunlichsten, wenn in der Tat die Nachfrage nach Arbeitssuchenden immer größer wird — obwohl und wir leider noch nicht. Und der Hunger der arbeitslosen Arbeitnehmer wird auch nicht durch die Versorgung, das enthaltend schlechte Fleisch wurde dem Kunden zu geringen Kosten gereicht. Die Fleischwarenindustrie die Arbeitssuchenden zu jedem Lebensunterhalt notwendigen Anteil beeinträchtigt den Verbrauch und wirkt auf die Arbeitslage ein.

Daher haben wir die Aufgabe, auf das immer wieder hinzumessen, was in erster Linie entscheidend ist, auf die dringende Notwendigkeit der sofortigen Hilfe für die Arbeiter, die tatsächlich infolge des sozialen Gesellschaftsangebotes arbeiten sind. Ob dies viel oder wenig Arbeit ist — darüber lebt es sich nicht zu streiten. Wie leben so manchen Arbeitern, der zur Arbeit fähig und gerne arbeiten möchte, aber keine Arbeit findet. Deshalb der Arbeitnehmer hat — ganz gleichgültig, ob es viele wenige sind — das gute Recht auf Entschädigung, das

Wenn der Bischof u. Faßhaber in seiner Rolle dabei auf das "Katholische Sonntagsblatt" in Wien erscheint, dass der extremistisch katholischen Mäßigung angehört, ja ist es doch mehr als bezeichnend, wenn diese gemäß autoritative Stelle mit nichts zu tun hat, obwohl sie eigentlich zentrale Tatsache ist, dass eben die kirchlichen Gewerkschaften in Deutschland nur auf die Bitten der deutschen Bischöfe in Rückzug auf die deutschen Verhältnisse vom Papst noch geduldet wurden, zweitens, dass es einzig und allein von der Größe eines Bischofs in Deutschland abhängt, ob die Mitglieder der katholischen Arbeiterversetzung für gewerkschaftlich organisierten dürfen.

Das bedauerlichste bei der ganzen Geschichte ist aber, dass die anwesenden katholischen Arbeiter jubelnden Beifall spendeten. Sie scheinen jeden Sinn für ihr schwaches Abhängigkeitsverhältnis verloren zu haben und sind noch in ihrer kirchlichen Demut dankbar, dass es von den Bischöfen abhängig ist, ob sie sich organisieren dürfen, um für ihre Familien ein auskömmliches Dasein zu streben und etwamöglich zu dürfen.

Den so laut in alle Welt hinausposaunten Phrasen der Führer der christlichen Gewerkschaften vor der "Selbstständigkeit und Unabhängigkeit" ihrer Organisationen, hat Bischof u. Faßhaber aber einen bösen Stoß versetzt; denn er — der es doch sicher wissen muss — hat ja nur zu deutlich erklärt, dass einzig und allein der einzelne Bischof in Deutschland das Recht hat, die Erlaubnis zu geben oder zu verweigern, ob katholische Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren dürfen oder nicht.

Neugestellte ist aber dadurch aufs neue, dass die christlichen Gewerkschaften nichts anderes sind als "räumliche Slaven", abhängig vom guten Willen der — von keiner kirchlichen Art bedrängten — deutschen Bischöfe.

Polizei und Gerichte.

Prämie auf Bäckereimittäude: Vor einiger Zeit berichteten wir, dass der Hofbäckermeister Friedrich Müller für den Schöffengericht in Düsseldorf wegen Unreinheit in seinem Bäckereibetrieb zu verantworten war. Bei einer Revision am 14. Mai hatten die Beamten der Gesundheitspolizei auf dem Fußboden und den Backzetteln alte Teigreste gefunden. Außerdem fehlte in der Saftküche an der Backvorrichtung die Seife. Die Polizeiverordnung für Bäckereibetriebe habe auch nicht schärfer ausgegangen. Schwach! Für derartige Verbrechenungen in der Polizeiverordnung Strafen angedroht sind, wurde der Bäckermeister vom Schöffengericht freigesprochen und in der Begründung unter anderem ausgeführt, die Polizeiverordnung dürfe man nicht zu engberzig auslegen. Gegen das Urteil legte der Ankläger mit Erfolg Berufung ein. Von der fünften Strafkammer wurde das erste Urteil aufgehoben und der Bäckermeister zu einer Geldstrafe von 10 verurteilt. Die von der Anklage geforderten Sachbeschädigungen wollte der Angeklagte nicht als Faziente dafür annehmen, alle von frischen Teigresten unterscheiden zu können.

Der Herr Hofbäckermeister hat bei diesem Schiedsgericht ein feines Geschäft gemacht. Was spielen 10 für den Raum, eine Rolle, die lassen sich durch Nichtbeachtung der Schuhvorschriften in einem Tage wieder herstellen. Die Düsseldorfer Gerichte können auch bei den Urteilen härtere Saiten aufziehen, ganz besonders, wenn es sich um Arbeiter bei Streitvergleich handelt. Da gibt es keine Geldstrafen, sondern Monate und Schrifturteil.

Internationales.

Ueber die Arbeitsverhältnisse der Bäcker in Russland

wird uns geschrieben:

Selbst bei den godrücktesten Schichten des russischen Proletariats sind kaum noch schlechtere Arbeitsverhältnisse anzutreffen als diejenigen der Bäcker. In der ökonomischen Sektion der Handwerkerabteilung der gegenwärtig in Kiew stattfindenden Allrussischen Ausstellung finden wir ein nicht gerade umfangreiches, aber dennoch beachtenswertes Material über die Arbeits- und Lebensbedingungen einiger am schlechtesten geplanter Berufe in einigen russischen Städten: in Kiew, Odessa und Charkow. Die dort ausgestellten Diagramme geben uns Aufschluss über die Lage der Bäcker in den genannten Städten.

Die mittlere Arbeitszeit ist bei den Bäckern am längsten. Sie beträgt 19 Stunden. Die Bäcker haben weder eine festgelegte Mittagspause, noch einen festgelegten wöchentlichen Ruhetag. Überstunden gibt es keine. Es ist auch unmöglich, wenn man berücksichtigt, dass 60 pZt. der Bäcker ohnehin mehr als 19 Stunden schaffen. Die Bäcker erhalten Kost und Logis beim Arbeitgeber. Voller 60 pZt. der Bäckereien befinden sich in Kellerräumen, 38 pZt. in feuchten und 41 pZt. in finsternen Räumlichkeiten. Voller 91 pZt. entbehren jeder Ventilation. Ueber die Anstellungerverhältnisse der Bäcker ist zu sagen, dass die Bäckereien der Fabrikinspektion nicht unterstellt sind. Dies bedeutet soviel, dass die Bäcker keine gesetzlich festgelegte Kündigungsfrist, keine Abrechnungsbücher, keine Werkstattordnung, keine ärztliche und keine Krankheitshilfe zu beanspruchen haben. In noch gröberem Maße als die Fabrikarbeiter sind sie der Willkür und der Profitsucht des Unternehmers ausgeliefert. Nun bilden diese soeben geschilderten Arbeitsverhältnisse der Bäcker in Kiew, Odessa und Charkow keineswegs eine Ausnahme aus dem vor einigen Monaten in der sozialdemokratischen Zeitung "Lutsch" veröffentlichten Material (aus Anlass der hygienischen Ausstellung) ergibt sich, dass die Lage der Bäcker in den anderen Städten und selbst in Petersburg nicht besser ist.

Vor einigen Jahren hatte nämlich die junge Gewerkschaft der Arbeiter des Bäckerei- und Konditoreigewerbes eine großzügig angelegte, 77 Fragen umfassende Erhebung veranstaltet. Die Antworten sind hauptsächlich aus Petersburg und nur zum kleinen Teil aus der Provinz eingegangen. Wenn es unmöglich ist, an Hand der Ergebnisse dieser Erhebung weitgehende statistische Folgerungen zu ziehen, so geben sie uns jedoch ein durchaus zutreffendes Bild über die Lebensverhältnisse der Bäcker im Reiche. Die Antworten auf die verschiedenen Fragen geben uns eine klare Vorstellung von den Räumlichkeiten, in denen gearbeitet wird, von den technischen Bedingungen der Arbeit, von den Räumlichkeiten, die die Unternehmer dem Arbeiter zum Resten nach vollbrachter Arbeit zur Verfügung stellen, von der "Kost" des Bäckers, von der Höhe des Arbeitslohnes und der Länge des Arbeitstages und schließlich von der Stellung der Bäckermeister zu den einen oder andern Form der Solidaritätsanforderungen der Bäckergesellen.

Über die Räumlichkeiten. Der beliebteste Ort für die Bäckereien sind die Keller oder Halbkeller. Sogar in Petersburg trifft dies für ein Drittel der Bäckereien zu. Eine direkte Folge dieser Erscheinung ist die Feuchtigkeit und Dunkelheit der Arbeitsräume. Die Fenster sind in der Regel entweder durch eine dicke Schicht Staub oder direkt Farbe davor geschützt, dass ein indiskreter Blick die Geheimnisse der Brotzehrung durchschaut. Natürlich muß Tag und Nacht Licht brennen. Selbst in Petersburg ist ein Drittel der Bäckereien nicht mit Gas oder Elektrizität, sondern mit einer Petroleumlampe „belichtet“. Außer der

Spätestens am 11. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag für 1913 (12. bis 18. Oktober) fällig.

niedrigen Lage ist es häufig noch der Asphalt, Stein- oder Erdboden, der die Feuchtigkeit bedingt. Über die Quantität Luft, die auf den einzelnen Arbeiter kommt, erfahren wir folgendes: Von je zehn Fällen ist in drei Fällen die Luftmenge nicht nur unzureichend, sondern direkt erschreckend klein; zuweilen weniger als fünf Kubikmeter! Soviel über die Quantität der Luft. Dafür, dass die Qualität der Luft nicht zu gut wird, sorgt die mangelhafte Ventilation. Auf je sechs Bäckereien, die gar keine Ventilation haben, kommt eine, die mit Ventilation versehen ist. Dort, wo keine Ventilation vorhanden ist, geschieht die Lüftung durch das Aufmachen der Fenster und Türen. Jede fünfte Bäckerei kann nur durch Oeffnen der Türe gelüftet werden. Über den gesundheitsschädlichen Einfluss des dadurch entstehenden Luftzuuges brauchen wir kaum des näheren zu sprechen. Unter den Fragen finden wir auch folgende, die uns über die hygienischen Bedingungen des Betriebes Auskunft erteilen: Wird der Boden gewaschen und wie oft? Sind in in der Bäckerei Handtücher aufgelegt und wieviel? Wie oft werden sie gewechselt? Wenn keine Handtücher vorhanden sind, womit trocknen die Arbeiter ihre Hände? Ist in der Bäckerei immer Seife für die Arbeiter vorhanden? Wird für die Arbeit irgendwelche Wäsche gegeben: Kittel, Schürze und dergleichen mehr? Die Antworten auf diese interessanten Fragen, die auch in manchen Bäckereien anderer Länder angebracht wären, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: In der Regel wird der Boden überhaupt nicht gewaschen oder äußerst selten. So wurde von 30 Bäckereien in ganzen in drei der Boden immer sauber gehalten, in neun einmal wöchentlich, in sieben einmal monatlich, in zwei seltener als einmal monatlich und in neun überhaupt nicht. Ein Drittel der Bäckereien liefert keine Handtücher, die andern sehr selten und nur wenige. So erhalten zum Beispiel acht neun und zehn in einer Bäckerei beschäftigte Arbeiter wöchentlich nur ein Handtuch. Die sanitären und technischen Bedingungen der Brotzehrung sprechen von einer bodenklichen Rückständigkeit auf diesem Gebiete. Fast alles wird in der primitivsten Weise mit der Hand ausgeführt. Ein Drittel der eingetroffenen Antworten ergibt das Fehlen jeglicher Maschinen. Die übrigen Antworten erwähnen nur die Teigschneidemaschine. Die Kollegen, die diese Enquete ausgearbeitet haben, scheinen gut mit den Zuständen in den russischen Bäckereien vertraut gewesen zu sein, dann sonst würden sie nicht zur Aufwerfung folgender Frage in der Enquete gekommen sein: Wievielmal im Laufe des Jahres werden die Tücher gewaschen, die zum Unterlegen und Zudecken der Ware benutzt werden? Und in der Tat, die Frage war gar nicht so von ungefähr. Die Bäckereien, die ihre Tücher einmal in zwei Wochen waschen lassen, bilden eine Ausnahme. Manche lassen die Tücher acht- und zwölfmal im Jahre waschen, die meisten jedoch nur ein-, zwei- und dreimal jährlich. Eine ganze Reihe antworteten mit „überhaupt niemals“, oder „sie werden verbrannt, aber nicht gewaschen“.

Und nun über die Lage der Arbeiter in diesem zurückständigen Gewerbe. Das bereits Gesagte lässt sich noch mit folgenden Zahlen ergänzen. Ein Schichtwechsel findet nur in einigen wenigen Bäckereien statt. Die Arbeitszeit einer Schicht beträgt 12, 13, 14, 15, 16, 18 und sogar 20 Stunden. Die Arbeitszeit von 11 bis 11½ Stunden ist eine Seltenheit. In der Provinz beträgt dieselbe circa 18 Stunden.

Der Arbeitslohn beträgt 30 bis 35 Rubel monatlich für den Bäcker, selten 40 bis 45 Rubel (das ist eine Ausnahme); für den Holzler 16, 20, 24, 26 Rubel. Die Lehrlinge erhalten 3 bis 6 Rubel monatlich. Etwa mehr erhalten die Konditoren: circa 35 bis 45 Rubel; die Brothäcker aber bedeuten weniger: 16 bis 25 Rubel.

Ausgenommen die Aristokratie des Bäckergewerbes (die Konditoren und die älteren Bäcker, die eine Privatwohnung haben), wohnt der Bäcker in der Regel bei seinem Arbeitgeber und erhält auch dort seine Kost. Auch hier sind die Raumverhältnisse miserabel. Alle Arbeiter der Bäckerei müssen in der Regel in einem Zimmer Platz finden. Die Klagen über schmutzige Bettwäsche sind fast in jedem Fragebogen zu lesen. „Der Zustand des Schlafzimmers ist unerträglich, eine Milliarde Parasiten“, schreibt der eine. „Parasiten aller Art, zweierlei Sorten Schaben, Fliegen, Wanzen, Flöhe und Läuse“, präzisiert ein zweiter. Keine Ventilation, der Boden nicht gereinigt, das ist in der Regel der Fall. Und nun erst die gute „Kost“.

Auf die Frage: „Ist in der Bäckerei die von Gesetzes wegen verlangte zweistündige Pause zur Einnahme von Nahrung eingehalten?“ laufen sämtliche Antworten „Nein“. Überhaupt sind keine Pausen festgelegt. Man ist wo es und wie es gerade vorkommt. In manchen (allerdings nur wenigen) Bäckereien wird aus einer gemeinsamen Schüssel „gefüttert“. Über Quantität und Qualität der Kost wird fast überall geklagt. „Wir erzeugen das Brot, aber wir selbst hungern“, beantwortet kurz die Frage der Beköstigung ein Bäcker. So sieht das Lot der Bäcker in Russland aus. Wir haben gesehen, dass von den technisch vollkommenen Maschinen, die in Europa so ziemlich allorts (?) d. Red.) in Gebrauch sind und die das Anfassen des Teiges mit den Händen fast überflüssig machen, die russischen Bäckermeister wenig Ahnung haben. Dafür sind sie aber sehr wohl unterrichtet über die westeuropäischen Mittel der Knebelung der Arbeiterschaft. Ueber schwarze Listen, Schikanierung und Maßregelung wegen der Zughörigkeit zur Berufsorganisation können wir oft in der Enquete zu lesen bekommen.

Ueber die Anfänge einer gewerkschaftlichen Organisation der Bäcker in Russland und über die rigorosen Verfolgungen der Regierung werden wir bei einer späteren Gelegenheit berichten. A. W.

Sozialpolitisches.

Der Ortslohn. Unsere sozialen Gesetze kennen die verhüttete Größe den von den Behörden festgestellten „öffentlichen Tagelohn“ gewöhnlicher Tagelöhner. Die Verordnungen über das Verfahren zur Festsetzung desselben, die weiter im Staatenverfassungsgesetz und nunmehr in der Reichsverfassungsordnung enthalten sind, haben eine Umgestaltung erfahren. Die Bezeichnung „öffentlicher Tagelohn“ ist umgewandelt worden in „Ortslohn“. Die Festsetzung wird nicht mehr von der höheren Verwaltungsbörde, sondern vom Oberverfassungsausschuss vorgenommen. Weiter wird nicht nur für jugendliche und erwachsene Personen, sondern für Verfüterte unter 16 Jahren, für solche von 16 bis 21 Jahren und für solche über 21 Jahre, je getrennt für Männer und Frauen festgesetzt.

Auch einer fälschlichen Verordnung müssen die Festsetzungen jetzt gerissen werden, damit sie am 1. Januar 1914 in Kraft treten können. Die jetzt festgesetzten Arbeitslöhne gelten für das Jahr 1914; nach § 141 der Reichsverfassungsordnung ist ab dann für einen weiteren Zeitraum von vier Jahren, am 1. Januar 1915 beginnend, eine Neujustierung vorzunehmen. Der Ortslohn ist in der Regel einheitlich für den ganzen Bezirk jedes Verwaltungsamtes (also einer unteren Verwaltungsbörde) festgesetzt. Vorher werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsinstitutionen geholt; das Verfassungsausschuss hat sich nach Anhörung der Gemeindebefördernden und der Vorstände der beteiligten Staatenfassen tatsächlich zu äußern. Es können aber auch selbstverständlich andere Institutionen, wie Gewerkschaftskäffle u. s. w., Vorschläge an die Versicherungsausschuss und Sicherungsausschuss legen, die Arbeitsergebnisse zu berücksichtigen. Diese Vorschläge müssen jedoch die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

Die „Ortslöhne“ haben zumindest Bedeutung für die Landfrankenfassen. Bei diesen werden alle Voraussetzungen wie das Rentengeld, das Wochengeld usw. nach diesen Durchschnittszahlen bemessen. In der II. Kriegszeitung gilt nach § 570 der Reichsverfassungsordnung das Dreihundertfache des Ortslohns für Erwachsene als Jahresarbeitsdienst zur Berechnung der Unfallrente für einen Verletzen, wenn dieser weniger verdient hat. Nach § 1216 dieses Gesetzes gilt für Personen, die einer Rentenfasse nicht angehören, der Dreihundertfache Betrag des Ortslohns als Jahresarbeitsdienst für die Unfallrente zu den einzelnen Rassen der Industrialen und Handelsbetrieben einzurichten. Der Ortslohn dient noch zur Bemessung der Familiunterstützung der zu Friedensübungen eingezogenen Familien des Heeres und der Marine. Bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsvertrages (§ 124 b der Gewerbeordnung) gilt der Ortslohn als Sozialbeitrag der zu gewährbenden Entwidrigung und bei Unfällen von Gefangenen (§ 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1900) dient er zur Berechnung der Rente. Nur sieht seine Anwendung eine sehr doppelseitige.

Dieser Wichtigkeit entsprach nicht die seitliche Art der Festsetzung, die meist sehr oberflächlich war. Häufig wurden die Feststellungen ohne nähre statistische Erfahrungen, rein willkürlich, getroffen. So lag es doch in manchen Bezirken die Ortslöhne bis auf 1.20 für erwachsene männliche Arbeiter herabzufinden. Dagegen gibt es einige Orte, in denen sie für die gleichen Arbeiten auf 4 festgesetzt sind. Das sind ganz gewaltige Unterschiede. Im allgemeinen kann man sagen, dass die Feststellungen meist zu niedrig getroffen sind. Das verursacht große Schwierigkeiten der Arbeiter, weil dann ihre einzügigen Ansprüche entsprechend niedriger sind. Es liegt daher im Interesse der Arbeiterschaft, wenn ihre dazu berufenen Vertreter in den Versicherungsausschuss ein, bei der verschiedenen Neufestsetzung zuvertrauen, da diese den wirklichen Verhältnissen anpassen.

